P R O T O K O L L

über die am 16. November 1948 stattgefundene 16. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt S t e y r .

Beginn: 17.00 Uhr.

T a g e s o r d n u n g :

Berichterstatter Vizebürgermeister Franz Paulmayr:

Zl. 201/47 Neubau des Feuerwehrdepots Sierningerstraße; Kosten des Ergänzungsbaues

Zl. 8172/46 Bauarbeiten am Leitnerberg; Bisheriger Kostenaufwand

Zl. 4833/45 Fertigstellungsarbeiten beim Realschulbau in Steyr

Berichterstatter Stadtrat Karl D e g i c :

Zl. 6186/48 Drucklegung des Jahrbuches 1949 (Steyrer Kalender)

Zl. 3894/48 Exzeßgüter für Krankenanstalten; Anschaffung von Eisenbetten bei der Fa. Lang in Steyr.

Berichterstatter Stadtrat Hans S c h a n o v s k y :

Zl. 3791/48 Genehmigung der Jahresbilanz 1947 der städt. Unternehmungen

Zl. 264/Präs. 48 Nächträgl. Genehmigung einer einmaligen Geldaushilfe an die städt. Bediensteten

Berichterstatter Gemeinderat Alois H u e m e r :

Zl. 5492/48 Pflasterung von Durchfährten und Straßenverbindungsstücken in den Bauabschnitten I und II Münichholz

Zl. 5400/47 Ankauf von verzinktem Eisenblech

Berichterstatter Stadtrat Johann E b m e r :

Zl. 5498/48 Siedlung am Gleinker Infang; Aufschliessungarbeiten

Berichterstatter Gemeinderat Julius R u s s m a n n :

Zl. 5461/48 Neuer Gehsteigbelag für die untere Ennsbrücke

Zl. 3530/48 Rohrleitungsarbeiten beim Hochbehälter Hinterberg; Mehrkosten.

Berichterstatter Stadtrat Hans K a h l i g :

Zl. 3661/45 Widerlagerinstandsetzung bei der städt. Annabrücke; Restarbeiten.

Berichterstatter Gemeinderat Maria H u e m e r :

Zl. 2100/48 Straßenbeleuchtung in Münichholz, Bertl-Konrad- und Hans-Wagner-Straße

Berichterstatter Stadtrat Franz E n g e :

Zl. 6139/48 Fußbodenerneuerung im städt. Objekt Volksstr. 5

Zl. 6785/48 Instandsetzung des Dachstuhles im Bürgerspital, Michaelerplatz 2

Berichterstatter Gemeinderat Josef F e l l i n g e r :

Zl. 7041/47 Verkauf des Omnibusses Borgward O 35.003; Nachträgliche Genehmigung

Zl. 5541/48 Städt. Unternehmungen Steyr; Tarif für Erd- und Feuerbestattung

Berichterstatter Gemeinderat Karl F i s c h e r :

Zl. 6138/48 Anschaffung von Schuleinrichtungsgegenständen für die Mädchenvolksschule Kematmüllerstraße

Berichterstatter Gemeinderat Franz T r a u n e r :

Zl. 6931/48 Lehrmittelpauschale 1949 des Bundesrealgymnasiums; Anschaffung von Unterrichtsgegenständen.

-.-.-

Öffentliche Sitzung.

Anwesende: Bürgermeister Leopold Steinbrecher als Vorsitzender, Vizebürgermeister Franz Paulmayr und Vizebürgermeister Gottfried Koller,

die Stadträte

Dedic Karl
Schanovsky Hans
Kahlig Johann
Wabitsch Ludwig

die Gemeinderäte

Ennsthaler Wilhelm
Fellinger Josef
Fischer Karl
Hochgatterer Anton
Huemer Alois
Huemer Maria
Kokesch Karl
Mayrhofer Josef,
Pöschl Franz
Ribnitzky Vinzenz
Riha Karl
Rußmann Julius
Schnabl Franz
Steininger Oskar
Trauner Franz ÖVP
Trauner Franz SPÖ
Ulrich Emanuel
Voglsam Josef
Wipplinger Karl
Wohlfahrt Josef
Wokral Josefine
Hallwirth Josef

Vom Magistrate: Mag. Dir. Stellvertreter Dr. Karl Enzelmüller, lic.jur. Romuald Götz.

Als Schriftführer M.Kanitz

Bürgermeister Leopold Steinbrecher:

Sehr verehrter Gemeinderat!
Ich erkläre somit die 16. ordentliche Sitzung des Gemeinderates für eröffnet und stelle dessen Beschlußfähigkeit fest. Entschuldigt haben sich wegen Verhinderung Stadtrat Anton Azwanger, G.-Räte Enöckl Franz, Pöschl Josef, Moser August und Weindl Anton.

Zu Protokollprüfern werden die Gemeinderäte Josef Hallwirth und Josef Voglsam ernannt.

Vor Eingang in die Tagesordnung möchte ich kurz von einer vergangene Woche in Gastein stattgefundenen Tagung der kommunalwirtschaftlichen Unternehmungen berichten, an der 35 Städte mit ca. 66 Teilnehmern vertreten waren. Der hauptsächlichste Punkt dieser Tagung war die Stellungnahme zum Verstaatlichungsgesetz. Die Gemeinde Steyr ist hier insoferne interessiert, als es sich um unser Elektrizitätswerk handelt, das im Jahre 1962 der Gemeinde anheimfallen soll. Die Gemeinden wehren sich heftigst gegen die Art der Durchführung der Verstaatlichung. Einer zum Bundeskanzler entsandten Deputation betr. diese Angelegenheit, wurde im Beisein von BM. Schärf und Migsch zugesagt, daß vorläufig keine Verstaatlichungsbescheide ausgegeben werden.
Der finanzielle Erfolg der Einziehung der E-Werke der einzelnen Gemeinden durch den Staat wäre für diesen unbedeutend im Verhältnis zu den Interessen der Gemeinden, welche für den Ausbau dieser Werke ungeheure Summen verausgabten. Für die einzelne Gemeinde kann dies unter Umständen der Ruin sein. - Im Falle eines wesentlichen Ereignisses in dieser Angelegenheit werde ich Sie informieren.

Des weiteren möchte ich noch in kurzen Umrissen auf die derzeitige Lage am Wohnungsmarkte hinweisen. Von allen Problemen, die die Stadtverwaltung zu bewältigen hat, ist seit Jahren die Linderung der Wohnungsnot das hervorragendste. Verschieden sind die Wege, die eine Verbesserung auf diesem Gebiete möglich machen. Im wesentlichen ist und bleibt es eine Grund- und Geldfrage. Ich habe bereits in einer der letzten Gemeinderatssitzungen Ihnen die Versicherung abgegeben, daß jeder ernst zu nehmende Bauwerber in Steyr auch ein Grundstück bekommt. Insbesondere durch die beiden großen Gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaften in Steyr, der "Ersten Gemeinnütz. Wohnungs- u. Siedlungsgenossenschaft" sowie der "Wohnungsgenossenschaft Styria" war es möglich, die Baulustigen einigermaßen mit Siedlungsgründen zu bedenken. In letzter Zeit konnten durch das besondere Entgegenkommen des Bischöfl. Ordinariates in Linz die schwebenden rechtlichen Streitigkeiten hinsichtlich der Gründe der Reder Brotfabrik und dem Stadtteil Neulust einer befriedigenden Lösung zugeführt werden. Auch von den städt. Gründen können noch verschiedene Parzellen für Wohnhausbau- und Siedlungszwecke zur Verfügung gestellt werden.

Aus diesem, sehr verehrte Damen und Herren des Gemeinderates, können Sie entnehmen, daß die Grundfrage in Steyr im wesentlichen befriedigt werden kann.
Um aber zu einer Linderung der Wohnungsnot zu gelangen, bedarf es auch des Neubaues von Wohnungen. Im wesentlichen kann es sich hier nur um Neubauten handeln. Der Aufbau von größeren Zinshäusern ist heute wegen der überaus hohen Baukosten wirtschaftlich nicht möglich. Umsomehr hat sich aber der Gedanke des Baues von Einfamilienhäusern durchgerungen. Hier können die ebenfalls hohen Baukosten noch dadurch gerechtfertigt werden, daß dem Siedler eine lange Abzahlungmöglichkeit zugebilligt wird. Praktisch gesehen zahlt der Siedler seinen Mietzins in sein eigenes Haus. Die meisten der Siedlungswilligen verfügen aber über keine nennenswerten Kapitalien und hier hat die Bundeswohnbauförderung und andere öffentl. Einrichtungen in dankenswerter Weise eingegriffen. Voraussetzung für die Erlangung dieser Hilfen ist jedoch ein Grundstück an eigenem Kapital sowie die Leistung einer Anzahl von Arbeitsstunden. Nach der Währungsmanipulation ist es schwer, heute von einem Durchschnittssiedler, die sich im wesentlichen ja aus Arbeitern und Angestellten rekrutieren, zu verlangen, daß sie bis zu 10 oder 15 % des Gesamtbaukapitals heute noch in bar erlegen können.

Hier müßte meines Erachtens nun die Hilfe der Arbeitgeber einsetzen. Es müßte der Siedlungswillige in die Lage versetzt werden, eben dieses nötige Anfangskapital sich irgendwie billig zu beschaffen. Ich könnte mir vorstellen, daß einzelne Firmen, die ein besonderes Interesse an der Erhaltung eines Arbeiters oder Angestellten haben, diesem dieses Anfangskapital vorstrecken, allenfalls als Vorschuß oder als 3. Hypothek, sodaß die Finanzierung in jeder Hinsicht gesichert erscheint. Ich kann mir vorstellen, daß in Ansehung der hohen Baukosten nur solche Siedler die monatlichen Abstattungen werden tragen können, die auch bereits über ein entsprechendes Gehalt verfügen. Aber wenn jede Firma einem oder zwei dieser bei ihnen sicher vorhandenen, etwas besser gestellten Siedlungswilligen den nötigen Rückhalt gibt, so kommt für Steyr eine Leistung heraus, die sich bestimmt sehen lassen kann. Der Erfolg wäre nach überschlägiger Schätzung sicher über 100 Siedlungshäuser. Damit wurden die von den Siedlern bisher innegehabten Wohnungen frei und die weniger Glücklichen könnten damit befriedigt werden.

Ich bin mir bewußt, daß diese Lösungsmöglichkeit nur unvollkommen ist, doch stellt sie derzeit die einzig reale Möglichkeit dar, einigermaßen mit Erfolg die Wohnungsnot zu bekämpfen.

Ich werde mich daher in der nächsten Zeit an alle Firmeninhaber in Steyr wenden und sie ersuchen, einzelnen ihrer besonders qualifizierten Siedlungswilligen unter die Arme zu greifen und so mit Bundeshilfe die Erstellung von Siedlungsbauten zu ermöglichen.

Wir kommen nunmehr zur Tagesordnung. Ich erteile Herrn Vizebürgermeister Paulmayr das Wort.

Berichterstatter Vizebürgermeister Franz P a u l m a y r :

Zl. 201/47 Neubau des Feuerwehrdepots Sierningerstraße; Kosten des Ergänzungsbaues.

Das Stadtbauamt hat mit Amtsbericht vom 16. 11. 1948 eine Zusammenstellung der bisher aufgelaufenen Kosten der Erbauung des Feuerwehrdepots in der Sierningerstraße vorgelegt. Der Bau- und Verwaltungsausschuß sowie der Stadtrat haben sich mit diesem Bericht befaßt und hat der Stadtrat in seiner Sitzung vom 14.9.1948 betr. der noch nicht genehmigten Kosten des Ergänzungsbaues sowie der ebenerdigen Garage, nach Maßgabe des Amtsberichtes der Abt. III vom 5. 6. 1948, folgenden Antrag gestellt:

"Der Gemeinderat wolle beschließen:

In Ausführung des Gemeinderatsbeschlusses betreffend den Neubau eines Feuerwehrdepots vom 15. 4. 1947 werden zur Deckung der Kosten des Ergänzungsbaues folgende Beträge bewilligt:

I. 1)	Baukosten für den Ergänzungsbau unter Berücksichtigung der Beitragsleistung der Freiwilligen Feuerwehr und Einsparung,	S 31.981,44
2)	Baukosten für die gesamte Einfriedung des Vorplatzes,	" 10.985,--
3)	Straßenergänzung und Vorplatzpflasterung, wie auch Kanalverlängerung	" 22.200,--
	zusammen	S 66.166,44

II. Desgleichen die Kosten für die Errichtung der ebenerdigen Garage (nach Maßgabe des Amtsberichtes der Mag. Abt. III vom 5. 6. 1948) im Gesamtbetrage von S 214.952,20.

Die Deckung für die Posten zu 1) und 2) ist aus H. St. 716, diejenige zur Deckung der Kosten für die Straßenherstellung, unter H. St. 662-31, zu nehmen.

Die Höhe des endgültigen Kostenbetrages ist durch die Mag. Abt. III zu erheben."

Bürgermeister L. Steinbrecher:
Wünscht zu diesem Antrage jemand das Wort? Dies ist nicht der Fall. Der Antrag erscheint somit angenommen.

Ich bitte den gleichen Referenten zum nächsten Punkt der Tagesordnung.

Zl. 8172/46 Bauarbeiten am Leitnerberg; Bisheriger Kostenaufwand.

Berichterstatter Vizebürgermeister Franz P a u l m a y r :

Das Stadtbauamt hat mit Amtsbericht vom 26. 9. 1948 eine Aufstellung der bisherigen Kosten des Ausbaues des Leitnerbergs, lt. Abrechnung der Arbeitsgemeinschaft Hirschberger-Neudeck, vorgelegt. Mit Rücksicht auf den Umfang der Abrechnung, den eingetretenen Lohn- und Materialerhöhungen während der Bauzeit, sowie Beiziehung von Strafgefangenen als Arbeitskräfte, ist es in einem kurzen Zeitraume nicht möglich, die genaue Abrechnungssumme aufgrund der gewissenhaften Überprüfung zu ermitteln.
Die angeführten Beträge sind daher noch nicht überprüfte Leistungen und werden sich voraussichtlich Kürzungen ergeben.
Die voraussichtlichen Kosten sind folgende:

1)	Kostenüberschlag der ARGE Hirschberger-Neudeck vom 20.9.48 für die Gesamtherstellung	S 420.941,62
2)	Sondererstattungen, wie Trennungsgelder, Schlechtwetterregelung (ungefähre Ermittlung, da die Arbeit nicht im Gange)	" 6.000,--
3)	Materiallieferung durch den Wirtschaftshof, wie Randsteine, Kanalrohre, Schächte	" 10.000,--
4)	Pflasterarbeit und Pflastersand	" 12.000,--
5)	Gärtnerische Ausgestaltung: Birken, Rasen, Heckenrosen, ungefähr	" 1.558,45
	Summe	S 450.000,07.

Mit Gemeinderatsbeschluß vom 5. 9. 1947 wurde auf dieses Bauvorhaben ein Betrag von S 113.485,-- genehmigt. Der Finanz- und Rechtsausschuß hat deshalb in seiner Sitzung vom 9. 11. 1948 den Antrag gestellt:
"Der Gemeinderat wolle beschließen: Der bisherige Kostenaufwand der Bauarbeiten am Leitnerberg mit einem Gesamtbetrage von S S 450.000,07 wird genehmigt. Die Deckung des noch nicht genehmigten Betrages von S 336.515,07 ist aus den H. St. 663-73, 026-31, sowie aus Ersparungen zu nehmen." - Ich bitte, diesem Antrage zuzustimmen.
Bürgermeister L. Steinbrecher: Wird zu dem Antrage das Wort gewünscht? Dies ist nicht der Fall. Der Antrag ist angenommen.

Ich ersuche den Referenten zum nächsten Punkt der Tagesordnung.

Zl. 4833/45 Fertigstellungsarbeiten beim Realschulbau in Steyr.

Berichterstatter Vizebürgermeister Franz P a u l m a y r :

Die Bauarbeiten bei der Realschule, wie auch die Arbeiten der Professionisten und Gewerbetreibenden, sind bis auf kleine geringfügige Arbeiten, der Hauptsache nach Ausbesserungen und Reparaturen, beendet. Die Zusammenstellung der Kosten, bei Erfassung der noch zu leistenden Zahlungen, ergibt aufgrund der vorgelegten Abrechnungen und noch offenen Rechnungsbeträge folgendes Ergebnis:

1)	Anstreicherarbeiten des Bauhofes	S	10.236,26
2)	Spenglerarbeiten der Fa. Faatz	"	9.461,83
3)	Elektroinstallationen der Fa. Kammerhofer	"	4.741,69
4)	Baumeisterarbeiten der Fa. Hingerl	"	144.774,05
5)	Warmwasserinstallation der Fa. Kriszan	"	54.324,56
6)	Zimmermannsarbeiten der Fa. Weidinger	"	1.200,--
7)	Tischlerarbeiten der Fa. Rust	"	3.270,--
8)	Materiallieferungen d. stadt. Wirtsch.Hofes	"	19.850,--
9)	Glaserarbeiten d. Fa. Langensteiner	"	120,--
10)	Schlosserarbeiten des Schlossereinsatzes	"	6.750,--
11)	Brettelbodenverlegung d. Fa. Stieringer	"	6.408,90
12)	Voraussichtl. noch anfall. Architektenhonorar, auf der Basis der Gesamtkosten errechnet	"	18.000,--
	Summe	S	279.137,29

Der Finanz- und Rechtsausschuß hat hiezu in seiner Sitzung vom 9.11.1948 den Antrag gestellt:

"Der Gemeinderat wolle beschließen:

Für Fertigstellungsarbeiten beim Realschulbau wird ein Betrag von S 279.137,29 bewilligt.

Die Deckung ist bei der H. St. 230-51 zu nehmen. "

Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrage.

Bürgermeister L. Steinbrecher: Wird zu diesem Antrage das Wort gewünscht? Dies ist nicht der Fall. Der Antrag ist somit angenommen.

Zu den nächstfolgenden Punkten der Tagesordnung bitte ich Herrn Stadtrat Dedic zum Wort.

Zl. 6186/48 Drucklegung des Jahrbuches 1949 (Steyrer Kalender)

Berichterstatter Stadtrat Karl D e d i c :

Der Magistrat Steyr hat für das Jahr 1949 die Herausgabe eines Jahrbuches beschlossen. Dieses Jahrbuch wird unter anderem ein Behörden-, Adressen- und Straßenverzeichnis, sowie einen Tätigkeitsbericht der Gemeinde beinhalten. Die Kosten dieses Jahrbuches sind fast zur Gänze durch Aufbringung von Inseraten gedeckt, sodaß keinerlei Gefahren eines Verlustgeschäftes vorhanden sind.

Der Verkaufspreis dieses Kalenders wird sich auf S 8.-- pro Stück stellen. Die Drucklegung einschl. Clichees und Honorare erfordert einen Betrag von S 32.000.--.
Der Stadtrat hat in seiner Sitzung vom 28. 9. 1948 den Antrag gestellt:
"Der Gemeinderat wolle beschließen: Zur Drucklegung eines Jahrbuches wird ein Betrag von S 32.000.-- (einschl. Clichees und Honorare) bewilligt. Die Deckung ist aus dem Verkaufe sowie den Inseraten zu nehmen." - Ich bitte, diesem Antrage zuzustimmen.

Bürgermeister L. Steinbrecher: Wird zu diesem Antrage das Wort gewünscht? Dies ist nicht der Fall. Der Antrag ist angenommen.

Berichterstatter Stadtrat Karl D e d i c :

Zl. 3894/48 Exzeßgüter für Krankenanstalten; Anschaffung von Eisenbetten bei der Fa. Lang in Steyr.

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung vom 3. 8. 1948 beschlossen, beim Amte der o.ö. Landesregierung Exzeßgüter aus amerikanischen Überschußbeständen, und zwar 100 Stück Eisenbetten, anzukaufen. Dieser Antrag wurde dahingehend abgeändert, daß bei der Fa. Lang in Steyr 73 Stück Eisenbetten angekauft werden. Der diesbezügliche Stadtratsantrag vom 26. 10. 1948 lautet:
"Der Gemeinderat wolle beschließen: In Abänderung des Stadtratsbeschlusses vom 3. 8. 1948, Zl. 3894/48 sind an Stelle von 100 Stück Eisenbetten aus den zur Verfügung gestellten Exzeßgütern für Krankenanstalten für den Betrag von S 18.000.--, 73 Stück Eisenbetten bei der Möbelfirma Lang in Steyr anzukaufen. Die Deckung dieser Ausgaben ist im a.o.Haush.Plan, H. St. 451-75, bereitzustellen." Ich bitte um Zustimmung dieses Antrages.

Bürgermeister L. Steinbrecher: Wird zu dem Antrage das Wort gewünscht? Dies ist nicht der Fall. Der Antrag ist angenommen.

Zu den nächsten Punkten der Tagesordnung erteile ich Herrn St. R. Schanovsky das Wort.

Zl. 3791/48 Genehmigung der Jahresbilanz 1947 der städt. Unternehmungen.

Berichterstatter Stadtrat Hans S c h a n o v s k y :

Die Städtischen Unternehmungen, der einzige Wirtschaftsbetrieb des

Magistrates, haben für das Jahr 1947 ihren Bericht vorgelegt. Ich möchte vor allem betonen, daß die städt. Unternehmungen nur Geschäftszweige umfassen, die nicht gewinnbringend sein sollen, obwohl dies angestrebt wird. Sie wissen, daß es sich um die Geschäftszweige Reklame, Bestattung, Krematorium und den Verkehr handelt. Aus all diesen Sparten ist es unmöglich, Riesengewinne zu erzielen, aber es ist Aufgabe der Gemeinde, den kommunalen Zweck zu verfolgen, der ihr hier zusteht; und trotzdem war das Ergebnis des Jahres 1947 der städtischen Unternehmungen in allen vier Sparten aktiv.

Ich möchte hier zuerst die wichtigsten Zahlen bezw. die Bilanz zur Verlesung bringen und anschließend die nötigen Erläuterungen geben:

Die Jahresbilanz weist in den Aktiven

an Anlagevermögen	S 426,001,63
an Umlaufvermögen	" 45,246,24
an geleisteten Anzahlungen	" 118.433,60
an Forderungen	" 51.366,79
somit	S 641.048,26 auf.

Diesen Aktivposten stehen an Passiven gegenüber:

Wertberichtigungen	S 221,434,28
Rückstellungen	" 16,000.--
Verbindlichkeiten	" 64.338,83
Reinvermögen	" 339.275,15
	S 641,048,26.

Die Erfolgsrechnung weist einen Gesamtaufwand in allen vier Sparten von S 630.398,05 auf, dem Erträgnisse von S 694,777,17 gegenüberstehen. Somit schließt das Geschäftsjahr 1947 der städt. Unternehmungen mit einem Vermögenszuwachs von S 64.379,12 ab. Sie konnten daher das Anfangsvermögen vom 1.1.1947 von S 274.896,03 auf S 339.275,15 vermehren. Der Erfolg am Umsatz dieser Unternehmungen beträgt rund 10 %, ist also nicht überwältigend. Bedenkt man aber, daß Rückstellungen und zwar für Remunerationen im Betrage von S 2.000.- und für eine Urnengruft der veraschten KZ-Leichen im Betrage von S 14.000.- gemacht wurden, ferners daß die städt. Unternehmungen durch das Währungsschutzgesetz S 29.068,70 verloren haben, so ist es wirklich ein Erfolg, den die städt. Unternehmungen in diesem Jahre aufzuweisen haben.

Wenn ich ganz kurz die einzelnen Sparten beleuchte, so ist hier die Reklame, die in der Hauptsache vom Ertrag der Lichtreklame lebt.

Der Bogenanschlag, der vertraglich von der Fa. Globus in Linz ausgeführt wird, ist praktisch ein Verlust. Es wird daher angestrebt, diesen Vertrag, der im nächsten Jahre abläuft, nicht mehr zu verlängern. Die Übernahme dieser Arbeit in Eigenregie dürfte zu einem besseren Erfolg führen.

Die Bestattung erbringt keinen Gewinn. Wenn hier ein Erfolg ausgewiesen wird, so durch den Warenverkauf im Lokal.

Das Krematorium selbst ist ein Hoheitsbetrieb und wird niemals einen Gewinn abwerfen und müssen sich die Ausgaben durch die Einnahmen decken und ausgleichen.
Der größte Zweig dieses Betriebes ist der Verkehr; diesem müssen wir größere Aufmerksamkeit widmen. Der Bericht der städt. Unternehmungen besagt, daß im Jahre 1947 1,843.000 Menschen befördert wurden bei 144.000 gefahrenen Kilometern. Wenn der Verkehr einen Gewinn von rund S 43.000.-- brachte, so ist dieser Gewinn nicht aus dem Ortsverkehr, sondern fast einzig und allein aus den Fernfahrten gekommen. Wenn der Ortsverkehr keinen bedeutenden Erfolg aufzuweisen hat, so ist dies darauf zurückzuführen, daß die Aufwände desselben zu hoch sind; hier verfolgen wir das Projekt einer Errichtung einer Obus-Linie, das hoffentlich bald zur Verwirklichung gebracht werden kann. Dort werden sich im Aufwande Erstattungen ergeben, die sich zu einem besseren Erfolg auswirken können. Der Erfolg wurde in Investitionen angelegt. Es darf darauf hingewiesen werden, daß gerade der Verkehrsbetrieb durch Anschaffungen und Großreparaturen seiner Fahrzeuge heute einen weit besseren Stand einnimt, als dies vor einem Jahre der Fall war. Bemerkenswert ist noch, wenn man den Betrieb beurteilt, daß er ohne fremdes Kapital gearbeitet hat , also auf seine Einnahmen angewiesen war und durch den Fahrpark sozusagen über stille Reserven verfügt und daher kein Rückschlag zu erwarten ist.

Der Finanz- und Rechtsausschuß hat diesen Bericht schon vorher dem Kontrollamt zur Überprüfung übergeben. Das Kontrollamt hat ihn eingehend geprüft und viele Vorschläge zur Verbesserung administrativer Art gemacht. Es kann Ihnen daher heute der Antrag gestellt werden:
"Der Gemeinderat wolle beschließen: Die Jahresbilanz 1947 der städt. Unternehmungen wird genehmigt."
Bürgermeister L. Steinbrecher: Wünscht zu diesem Antrage jemand das Wort? - Es ist sehr erfreulich, daß der Jahresbericht der städt.

Unternehmungen in dieser Form abgeschlossen werden konnte und kann der Betriebsleitung die Anerkennung für die gute Führung des Betriebes ausgesprochen werden. - Gegeneinwendungen zu dem Antrage sind nicht erfolgt. Der Bericht ist demnach einstimmig zur Kenntnis genommen.

Zl. 264/Präs. 48 Nachträgliche Genehmigung einer einmaligen Geldaushilfe an die städt. Bediensteten.

Berichterstatter Stadtrat Hans S c h a n o v s k y :

Der zweite Punkt meines Referates, verehrter Gemeinderat, ist die Bitte einer nachträglichen Sanktionierung einer finanziellen Durchführung, die im Auftrage und über Wunsch des Amtes der o.ö.Landesregierung zur Erleichterung der wirtschaftlichen Lage unserer Bediensteten vorgenommen wurde. Wir haben im Monat September 1948 an die aktiv Bediensteten eine einmalige Geldaushilfe von S 140.-- und an die Empfänger von Ruhe- und Versorgungsgenüssen eine solche von S 60.-- ausbezahlt.
Der Finanz- und Rechtsausschuß legt Ihnen daher den Antrag vor:
"Der Gemeinderat wolle beschließen:
Die Verfügung des Bürgermeisters vom 17. 8. 1948, nach welcher gemäß § 49 Abs. 2 des Gemeindestatutes eine einmalige Geldaushilfe an die städt. Bediensteten im Gesamtbetrage von S 48.480.-- bewilligt wurde, wird nachträglich genehmigt. Die Deckung ist aus Ersparungen zu nehmen. "

Bürgermeister L. Steinbrecher: Wird zu diesem Antrage das Wort gewünscht? Dies ist nicht der Fall. Der Antrag ist angenommen.

Zu den nächstfolgenden Punkten der Tagesordnung erteile ich Herrn G. R. Alois Huemer das Wort.

Zl.5492/48 Pflasterung von Durchfahrten und Straßenverbindungsstücken in den Bauabschnitten I und II Münichholz

Gemeinderat Alois H u e m e r :

Im Verbauungsgebiete von Münichholz, Bauabschnitt I und II, befinden sich nicht ausgebaute Straßenstücke zwischen Betonfahrbahnen. Zur Verbesserung der Geh- und Fahrverhältnisse sowie zur Vermeidung von Pfützenbildungen ist es notwendig, diese Teilstücke mit Kleinsteinen zu pflastern. Dazu kommt die Herstellung von 10 Stück Sickergruben mit Rohranschlüssen sowie Ergänzung der fehlenden Randsteine. Die Arbeiten werden in Eigenregie durch den städt. Wirtschaftshof durchgeführt.
Der Bau- und Verwaltungsausschuß sowie der Finanz- und Rechtsaus-

schuß haben zu diesem Antrage Stellung genommen und hat der Finanz- und Rechtsausschuß in seiner Sitzung vom 9. 11. 1948 den Antrag gestellt:

"Der Gemeinderat wolle beschließen:
Zum Ausbau von nicht verbauten Straßenstücken im Bauabschnitt I und II Münichholz durch Pflasterung mit Kleinsteinen und zwar

in der	1) Frankstraße mit	15.2 m2
	2) Buchholzerstraße	29.16 m2
	3) Gablerstraße	54.2 "
	4) Sebekstraße	51.75 "
	5) Rohrauerstraße	110.44 "

sowie zur Herstellung von 10 Stück Sickergruben mit Rohranschlüssen und Ergänzung der fehlenden Randsteine wird der Betrag von S 20.500.-- bewilligt. Die Arbeiten sind in Eigenregie durch den städt. Wirtschaftshof durchzuführen. Die Deckung ist bei H. St. 662-51 vorgesehen."

Bürgermeister L. Steinbrecher: Wird zu diesem Antrage das Wort gewünscht? Dies ist nicht der Fall. Der Antrag ist angenommen.

Zl. 5400/47 Ankauf von verzinktem Eisenblech.

Berichterstatter Gemeinderat Alois H u e m e r :

Der Bau- und Verwaltungsausschuß hat sich mit einem Antrage des städt. Wirtschaftshofes beschäftigt, der den Ankauf von 5.000 kg verzinktem Eisenblech, bei Abnahme von 3.000 kg desselben durch die Schlosser- und Spenglerinnung, vorsieht. Der Ankauf einer Menge von 5.000 kg ist, obwohl nur ein Eigenbedarf von 2.000 kg vorliegt, notwendig, da die Lieferfirmen Mengen unter 5.000 kg nicht ausliefern.

Der Finanz- und Rechtsausschuß hat in seiner Sitzung vom 9.11.48 den Antrag gestellt:

"Der Gemeinderat wolle beschließen: Für Zwecke des städt. Wirtschaftshofes und zur Weitergabe an die Schlosser- und Spenglerinnung werden 5.000 kg verzinktes Eisenblech zu einem Gesamtbetrage von S 27.500.-- bei Sicherung der Abnahme durch die Innungen, angekauft. Die Deckung ist aus dem Wiederverkaufe des Bleches sowie aus Ersparungen zu nehmen. - Ich bitte, dem Antrage die Zustimmung zu erteilen."

Bürgermeister L. Steinbrecher: Es hat sich Herr Vizebürgermeister Paulmayr zum Wort gemeldet. Herr V.Bgm. Paulmayr hat das Wort.

Vizebürgermeister F. P a u l m a y r :
Nach dem letzten Berichte des Stadtbauamtes hat sich die Sachlage dahingehend geändert, daß wahrscheinlich der Eigenbedarf der Gemeinde für volle 5.000 kg gegeben ist. Ich bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen.
Gemeinderat Alois H u e m e r :
Ich bin mit den Erklärungen des Vizebürgermeisters einverstanden.
Bürgermeister L. Steinbrecher: Wird zu dem Antrage das Wort gewünscht? Dies ist nicht der Fall. Der Antrag ist angenommen.
Ich bitte als Nächsten Herrn Stadtrat Ebmer zum Wort.

Zl. 5498/48 Siedlung am Gleinker Infang; Aufschließungsarbeiten.

Berichterstatter St. R. Johann E b m e r :

Ich habe Ihnen heute einen Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses betr. Übernahme von Aufschließungsarbeiten in der Siedlung am Gleinker Infang vorzubringen, der lautet:
"Der Gemeinderat wolle beschließen: Für die Aufschließung der Siedlung am Gleinker Infang wird ein Betragvon S 5.850.-- bewilligt. Die Deckung ist aus Ersparungen zu nehmen."
Ich bitte um Genehmigung des Antrages.
Bürgermeister L. Steinbrecher: Wird zu diesem Antrage das Wort gewünscht? Dies ist nicht der Fall. Der Antrag ist angenommen.
Ich bitte den nächsten Referenten, Herrn G.R. Rußmann zum Wort.

Zl. 5461/48 Neuer Gehsteigbelag für die untere Ennsbrücke.

Berichterstatter Gemeinderat Julius R u s s m a n n :

Die Gehsteigunterzüge sowie der Belag der unteren Ennsbrücke sind weitgehend vermorscht, einzelne Bretter bereits durchgebrochen. Der schlechte Bauzustand der Gehwege war durch den darüber befindlichen Asphaltbelag zugedeckt.
Durch die Anbringung von Lärchenbrettern ist die restlose Behebung des Schadens möglich. Der Asphaltschutzbelag wird nicht mehr aufgetragen, da er nicht restlos wasserdicht ist, sondern nur die Fäulnis fördert und etwaige Schäden nicht sofort beobachtet werden können.
Die Arbeiten sollen in Eigenregie durchgeführt werden.
Der Bau- und Verwaltungsausschuß sowie der Finanz- und Rechtsausschuß haben dem Antrag gestellt:
"Der Gemeinderat wolle beschließen: Für die Ausbesserungsarbeiten an der unteren Ennsbrücke wird ein Betrag von S 30.000.-- genehmigt. Die Deckung ist bei H. St. 668-70 zu nehmen. " Ich bitte um Genehmigun

des Antrages.
Bürgermeister L. Steinbrecher: Wird zu dem Antrage das Wort gewünscht? Dies ist nicht der Fall. Der Antrag ist angenommen.

Zl. 3530/48 Rohrleitungsarbeiten beim Hochbehälter Hinterberg; Mehrkosten.

Berichterstatter Gemeinderat Julius R u s s m a n n :

Im Haushaltsplan sind unter der H. St. 714-32 für das Jahr 1948 S 6.000.-- vorgesehen. Diese Summe, die zur Aufstellung des Präliminars ermittelt wurde, fußt auf keinen Erfahrungsgrundsätzen, da das Verhalten des Rohrstranges nach den Kriegseinwirkungen nicht zu ermitteln war. Seit Kriegsende 1945 stellen sich die Erhaltungsarbeiten beim Rohrnetz höher, als angenommen wurde, da die unter der Erde befindlichen Leitungen vermutlich durch Kriegseinwirkungen Schäden erlitten haben, die erst nach Ablauf eines größeren Zeitraumes festgestellt werden können.
Der Rohrstrang zum Wasserbehälter in der Nähe des Kugellagerwerkes und der ehemaligen Motorenprüfstände wurde während der Kriegszeit stark erschüttert und zeigen sich besonders an dieser Stelle Undichtheiten und Verschiebungen. Die Behebung dieser Schäden ist zur Erhaltung des Rohrnetzes und der ungestörten Förderung des Wassers zur Versorgung der Stadt unbedingt notwendig und können die Kosten mit dem in der H. St. 714-32 vorgesehenen Betrag nicht gedeckt werden.
Dem Antrage des Bau- und Verwaltungsausschusses Rechnung tragend, hat der Finanz-und Rechtsausschuß am 9. 11. 1948 den Antrag gestellt: "Der Gemeinderat wolle beschließen: Die Überschreitung des in der H. St. 714-32 vorgesehenen Präliminarbetrages von S 6.000.-- um S 3.000.-- auf S 9.000.-- wird genehmigt. Die Deckung ist aus Ersparungen zu nehmen."
Bürgermeister L. Steinbrecher: Wird hiezu das Wort gewünscht? Dies ist nicht der Fall. Der Antrag ist angenommen.
Ich bitte als Nächsten Herrn St. R. Kahlig zum Wort.

Zl. 3661/43 Widerlagerinstandsetzung bei der städt. Annabrücke; Restarbeiten.

Berichterstatter Stadtrat Hans K a h l i g :

Laut Amtsbericht des Stadtbauamtes vom 18. 9. 1948 wurde bei der

Begehung des Saggrabens unterhalb der Annabrücke, von der Wehrgrabenkommune der dringliche Wunsch vorgebracht, daß drei Anschlußstellen der bestehenden Uferverbauung an die Fundamente der Annabrücke, noch instandgesetzt werden müssen.
Unter der Haushaltsstelle Uferinstandsetzung (669-31), die im Voranschlag mit S 10.000.-- vorgesehen ist, kann vorstehende Arbeit nicht mehr untergebracht werden, da bereits S 2.948.- für Reparaturen am Hochwasserschutzdamm Eisenfeld unter dieser Haush.St. ausbezahlt wurden und weiters die Reparaturen Einrinnen - Saggraben, mit den voraussichtlichen Kosten von S 4.000.--, unter dieser Haush. Stelle laufen. Die voraussichtlichen Kosten für die Widerlagerinstandsetzung bei der Annabrücken betragen S 7.000.--, sodaß sich ein ungedeckter Betrag von S 3.948.-- ergibt.
Der Bau- und Verwaltungsausschuß sowie der Finanz- und Rechtsausschuß stellen den Antrag:
"Der Gemeinderat wolle beschließen: Für die Widerlagerinstandsetzung bei der städt. Annabrücke wird ein Betrag von S 7.000.-- bewilligt. Die Deckung ist bei der H. St. 669-31 zu nehmen. Eine Überschreitung des Präliminars bis zu S 4.000.-- wird genehmigt. Die Deckung der Überschreitung ist aus Ersparungen zu nehmen."

Bürgermeister L. Steinbrecher: Wird zu dem Antrage das Wort gewünscht? Dies ist nicht der Fall. Der Antrag ist angenommen.

Zum nächsten Punkte der Tagesordnung hat Frau G. R. Maria Huemer das Wort.

Zl. 2100/48 Straßenbeleuchtung in Münichholz - Bertl-Konrad- und Wagnerstraße.

G. R. Maria Huemer:

Seitens des Stadtbauamtes wurde am 14. 9. 1948 ein Antrag betr. den Ausbau der Straßenbeleuchtung in Münichholz, entsprechend einem dringenden Wunsche der Bevölkerung dieses Stadtteils, mit einem Kostenaufwand von S 6.000.--, gestellt. Durch Vorsprachen von Deputationen aus Münichholz anläßlich der Straßenbesichtigung durch den Bürgermeister, hat sich das Sofortprogramm erweitert und sollen bis Winteranfang auch die Bertl-Konrad- und die Wagnerstraße in dieses Programm einbezogen werden.
Durch die Vergrößerung des Arbeitsumfanges kann die Durchführung nicht mehr durch die Elektriker des Stadtbauamtes erfolgen, sondern muß an Firmen vergeben werden. Entsprechend den Kostenvoranschlägen des Elektrobaues Steyr und dem Holztränkwerk Rütgers, Enns, werden

die Kosten S 18.000.-- betragen.
Der Antrag des Bau- und Verwaltungsausschusses sowie des Finanz- und Rechtsausschusses lautet:
"Der Gemeinderat wolle beschließen:
Zur Durchführung der Straßenbeleuchtung in der Bertl-Konrad-Straße und der Wagnerstraße (Verbindungsstraße vom Abschnitt I zum Abschnitt III bzw. Zufahrtsstraße von Abschnitt II zu Abschnitt III) wird der Betrag von S 18.000.-- bewilligt. Die Deckung ist bei H. St. 710-70 zu nehmen."
Bürgermeister L. Steinbrecher: Wünscht jemand das Wort zu diesem Antrage? Dies ist nicht der Fall. Der Antrag ist angenommen.

Ich bitte als Nächsten Herrn St. R. Enge zum Referat.

Zl. 6139/48 Fußbodenerneuerung im städt. Objekt Volksstraße 5.

Berichterstatter St. R. Franz E n g e :

Der Fußboden im städt. Objekt Steyr, Volksstr. 5 in den Souterrain-Räumen unterhalb des 'gelben Saales' ist nicht benützbar, weil die Oberschicht des Holzzementbelages zum Teil fehlt und der übrige Teil brüchig ist. Eine Ausbesserung ist nicht möglich, da sich die Oberschicht von dem Unterlagsbeton loslöst. Die Erneuerung des Bodenbelages durch Neuaufstrich von 1 cm Steinholzestrich ist dringend notwendig und betragen die Kosten ca 7.100.-- S; dieselben sind voranschlagsmäßig nicht vorgesehe Der Stadtrat hat sich mit obiger Angelegenheit befaßt und in se Sitzung vom 28. 9. 1948 den Antrag gestellt:
"Der Gemeinderat wolle beschließen: Für die Fußbodenerneuerung im städt. Objekt Steyr, Volksstraße 5, wird ein Betrag von S 7.000.-- bewilligt. Die Deckung ist aus Ersparnissen zu nehmen. Mit der Durchführung der Arbeiten kann gemäß Amtsbericht vom 7.9.1948 begonnen werden."
Bürgermeister L. Steinbrecher: Wird zum Anträge das Wort gewünscht? Dies ist nicht der Fall. Der Antrag ist angenommen.

Zl. 6785/48 Instandsetzung des Dachstuhles im Bürgerspital Michaelerplatz 2

Berichterstatter St. R. Franz E n g e :
Im Bürgerspital Michaelerpl. 2 wurde festgestellt, daß ein Kamin schadhaft ist und Einsturzgefahr besteht. Bei der Begehung wurde

des weiteren festgestellt, daß eine tragende Pfette gebrochen ist; bei näherer Untersuchung zeigte sich, daß auch weitere Dachgehölze schlecht sind, und die Reparatur dieser Schäden unbedingt erforderlich ist.
Die Kosten belaufen sich lt. eingeholtem Orfert auf S 9.620.- und dürften sich schätzungsweise durch unvorhergesehene Arbeiten für den Spengler, etc. auf S 11.000.-- erhöhen.
Der Antrag des Stadtrates lautet:
"Der Gemeinderat wolle beschließen:
Für die Instandsetzung des Dachstuhles im Bürgerspital, Michaelerplatz 2, wird ein Betrag von S 11.000.-- (elftausend Schillinge) bewilligt. Die Arbeiten können sofort in Angriff geneommen werden. Die Deckung ist aus Ersparungen zu nehmen."

Bürgermeister L. Steinbrecher: Wünscht zu diesem Antrage jemand das Wort? Dies ist nicht der Fall. Der Antrag ist angenommen.

Zu den nächstfolgenden Punkten der Tagesordnung hat Herr G. R. Josef Fellinger das Wort.

Zl. 7041/47 Verkauf des Omnibusses Borgward O 35.003; Nachträgliche Genehmigung.

Berichterstattter Gemeinderat Josef F e l l i n g e r :

Seitens der städt. Unternehmungen wurde ein Omnibus um den Betrag von S 48.000.-- verkauft; dieser Verkauf bedarf jedoch gemäß den Bestimmungen des Organisationsstatutes für die Unternehmungen der Gemeinde Steyr einer Beschlußfassung durch den Gemeinderat. Der Finanz- und Rechtsausschuß hat deshalb am 9. 11. 1948 den Antrag gestellt:
"Der Gemeinderat wolle beschließen:
Der Verkauf des städt. Omnibusses Borgward Nr. O 35.003 um den Betrag von S 48.000.-- wird nachträglich genehmigt."
Bürgermeister L. Steinbrecher: Wünscht zu dieser Sache jemand das Wort? Es ist dies nicht der Fall. Der Antrag ist angenommen.

Zl. 5541/48 Städt. Unternehmungen Steyr; Tarif für Erd- und Feuerbestattung.

Berichterstatter Gemeinderat Josef F e l l i n g e r :

Die städt. Unternehmungen haben gemäß § 5 Pkt. 4) des Organisationsstatutes für die städt. Unternehmungen Tarife für Erd- und Feuerbestattungen erstellt. Ich möchte vorausschicken, daß diese Beträge

provisorischen Charakter haben, nachdem binnen kürzester Zeit von den Innungen klar ausgearbeitete Richtlinien erstellt werden, nach denen sich die städt. Unternehmungen richten werden müssen. Die Tarifaufstellung will ich hier nicht detailieren, sondern in groben Umrissen die wichtigsten Ziffern anführen.

Der Preis einer Grabstelle für den Urnenfriedhof schwankt je nach Größe derselben, für Mitglieder zwischen S 3,20 bis S 10,--
für Nichtmitglieder " 4,20 " " 11,--

für Mauernischen, nach Größe, f.Mitgl. S 5.-- " " 10,--
für Nichtmitglieder " 7.-- " " 12,--

Alpinum: gleich den Grabstellenpreisen.

Die Belaggebühren gelten für ein Jahr; für die ersten 1o Jahre ist die Belaggebühr, für je weitere 1o Jahre die Wiederbelaggebühr zu entrichten.

Die Tarifaufstellung für die Erdbestattung bewegt sich je nach Klasse der Bestattung zwischen S 668,50 bis S 1.115,-- ausschließl. des Sarges, der, je nach Ausgestaltung, großen Schwankungen unterliegt.

Die Armenleichen werden mit S 200.-- für Erwachsene und S 150.-- für Kinder bis zu 6 Jahren festgesetzt.

Die Tarifaufstellung für die Feuerbestattung schließt den Sarg aus und beträgt S 328,50; die Überführungsgebühren betragen zusätzli pro km S 1.50, die Gebühren für den Begleiter pro Stunde S 6.--.

Die Tarifaufstellung für Erd- und Feuerbestattung mit der Lebens- und Bestattungsversicherung auf Gegenseitigkeit "Wiener Verein" ist eine separate Tarifaufstellung, die eine Begünstigung darstellt.

Nach den verschiedenen Tarifklassen betragen diese

Tarifaufstellung I	(Erdbestattung, Halbkondukt)	S 345,--
- " -	II Einäscherung eines in Steyr verstorbenen Mitgliedes	S 388,70
- " -	III Überführung eines verstorbenen Mitgliedes nach Steyr zur Einäscherung	S 345,70 zuzüglich
	Transportkosten pro gefahrenen km von S 2,--, Einäscherung inkl. Aschenkapsel S 130.--, Grabstelle S 6.--; für Aschenkapselversand werden S 1o.-- berechnet.	
- " -	IV Abholung eines verstorb.Mitgl.vom Bahnhof Steyr z.Einäscherung u.Verabschiedung in der Feuerhalle Steyr	S 250,--
- " -	V desgleichen, ohne Verabschiedung	S 213,--.

Der diesbezügliche Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses vom 9. 11. 1948 lautet:

"Der Gemeinderat wolle gemäß § 5 Pkt. 4) des Organisationsstatutes für die städt. Unternehmungen (Zl. 409/27 Präs.) beschließen:

Die von den städt. Unternehmungen der Stadt Steyr Ende August 1947 erstellten Tarife für Erd- und Feuerbestattungen werden genehmigt."

Ich bitte um Annahme des Antrages.

Bürgermeister L. Steinbrecher: Wird zu dem Antrage das Wort gewünscht? Dies ist nicht der Fall. Der Antrag ist angenommen.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung hat Herr G. R. Fischer das Wort.

Zl. 6138/48 Anschaffung von Schuleinrichtungsgegenständen für die Mädchenvolksschule Kematmüllerstraße.

Berichterstatter G. R. Karl F i s c h e r :

Infolge der großen Anzahl von Schülern in der Volksschule Kematmüllerstraße hat sich die Notwendigkeit der Neuanschaffung von Schuleinrichtungsgegenständen ergeben. Die Anschaffungskosten derselben betragen laut Amtsbericht der Mag. Abt. VI ca. S 6.300.-- und sind präliminarmäßig nicht vorgesehen.

Als Lieferfirmen wurden bisher die Firmen Rust, Schweiger, Brandtner und Nothaft namhaft gemacht.

Ich bitte um Annahme des Antrages des Stadtrates vom 28. 9. 1948, welcher lautet:

"Der Gemeinderat wolle beschließen:

Für die Schuleinrichtung der Mädchenvolksschule in der Kematmüllerstraße wird ein Betrag von S 6.300.-- genehmigt. Die Bestellungen können jedoch schon jetzt bei den im Amtsberichte vom 27. 9. 1948 aufgezählten Firmen vorgenommen werden.

Die Deckung ist aus H. St. 210-70 zu nehmen."

Bürgermeister L. Steinbrecher: Wird zu diesem Antrage das Wort gewünscht? Dies ist nicht der Fall. Der Antrag ist angenommen.

Zl. 6931/48 Lehrmittelpauschale 1949 des Bundesrealgymnasiums; Anschaffung von Unterrichtsgegenständen.

Berichterstatter Gemeinderat Franz T r a u n e r :

Die Direktion des Bundesrealgymnasiums Steyr hat am 29. 1o. 1948 ein Ansuchen um Gewährung einer einmaligen außerordentlichen Zuwendung im Betrage von S 8.473,50 eingebracht. Diese Summe wird zur

Anschaffung der allernotwendigsten Lehrmittel benötigt, die aus dem der Schule zustehenden Lehrmittelpauschale von S 2.500.-- nicht bestritten werden können, ohne deren Anschaffung jedoch ein gedeihlicher Unterricht nicht möglich ist.

Der Finanz- und Rechtsausschuß, der sich mit dem vorerwähnten Ansuchen befaßte, hat am 9. 11. 1948 den Antrag gestellt:

"Der Gemeinderat wolle beschließen:
Für das Bundesrealgymnasium Steyr wird zur Anschaffung von Unterrichtsgegenständen und Lernmittel ein Betrag von S 6.000.-- bewilligt. Die Deckung ist aus Ersparungen zu nehmen."

Ich bitte um Annahme des Antrages.

Bürgermeister L. Steinbrecher:
Wird zu dem Antrage das Wort gewünscht? Dies ist nicht der Fall.
Der Antrag ist angenommen.

Damit sind wir am Schlusse unserer heutigen Sitzung angelangt.
Ich danke für Ihr Erscheinen und erkläre die Sitzung für geschlossen.

Ende: 17.45 Uhr.

DER VORSITZENDE:
L. Steinbrecher

DER PROTOKOLLPRÜFER:
Hallwirth Josef
Pöglsam Josef

DER PROTOKOLLFÜHRER:
Kanitz M.